

**Interview**  
**02. Februar 2022**

### **Viola von Cramon im Gespräch mit Sandra Schulz**

Interview mit Viola von Cramon, Bündnis 90/Die Grünen, zur Ukraine-Krise

**Sandra Schulz:** Wer bedroht hier wen? Dass die Antworten auf diese Frage völlig unterschiedlich ausfallen, je nachdem wen man fragt, das ist Teil des Problems der hoch gefährlichen Ukraine-Krise. Gerade hat der russische Präsident Putin beklagt, fundamentale Sorgen Russlands würden ignoriert. In der Ukraine und den westlichen Hauptstädten denkt man eher an die Annexion der Krim und aktuell an die rund 100.000 russischen Soldaten im russisch-ukrainischen Grenzgebiet.

Von der Lage in der Ukraine hat sich gerade eine Delegation des Europäischen Parlaments ein Bild gemacht. Mit dabei war die grüne Europaparlamentarierin Viola von Cramon, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss, langjährige Kennerin der Region und Vize der Delegation im Parlamentarischen Assoziationsausschuss EU-Ukraine. Wir haben sie heute sehr früh am Morgen erreicht, vor ihrem Rückflug, auf dem sie jetzt gerade noch ist, und ich habe sie zuerst gefragt, was die prägendsten Eindrücke sind, die sie mit zurücknimmt.

**Viola von Cramon:** Erstaunlicherweise! Ich war jetzt in kurzer Zeit mehrmals in der Ukraine, auch immer im Osten, immer auch an der Kontaktlinie, und interessanterweise hat sich seit dem Frühjahr, seit dem Sommer nach außen hin fast nichts geändert. Es ist fast eine gespenstische Ruhe. Wir haben mit verschiedenen Beteiligten gesprochen. Die Ukraine lebt jetzt schon lange, im Grunde mehr als acht Jahre unter dem Gefühl, dass es einen Krieg im Osten gibt und dass die Bedrohung da ist und dass es auch eine größere militärische Attacke seitens Russlands geben kann, und die haben sich in ihrem täglichen Leben, muss man sagen, darauf eingestellt. Für uns alle ist es jetzt offensichtlich, dass sich was geändert hat und dass die militärische Bedrohung da ist und dass eigentlich auch eine andere Wahrnehmung in der Bevölkerung und vor allen Dingen auch bei der Regierung sein sollte, und das konnten wir im Moment noch nicht wirklich feststellen.

**Schulz:** All das erklärt oder rechtfertigt der russische Präsident Putin ja damit, dass er sagt, Russland fühle sich in seiner Sicherheit bedroht. Was fällt den Menschen dazu ein, die Sie gesprochen haben in Kiew – und Sie haben es gesagt, Sie waren ja auch in Mariupol bei Donezk?

**Von Cramon:** Genau! Ich würde es einfach mal so sagen: Wenn eine Frau vergewaltigt wurde und anschließend einen Selbstverteidigungskurs macht und dann der Vergewaltiger zur Polizei geht, um den Ausbilder und die Frau anzuzeigen, dass er sich provoziert fühlte vom Selbstverteidigungskurs, dann ist das ungefähr die Situation, die wir derzeit in der Ukraine haben. Die Ukraine wurde überfallen, die Krim wurde annektiert und jetzt haben wir einen erhöhten Truppenaufmarsch im Osten der Ukraine. Wenn man die Leute bilateral spricht, natürlich treffen die Vorsorge. Was ich eben sagen wollte ist, das öffentliche Leben hat sich nicht sichtbar verändert. Die Leute sind tief beunruhigt. Einige versuchen, an Waffen zu kommen, Waffenscheine zu machen. Viele überlegen auch, wie sie ihre Familien ins Ausland bekommen, ob es Bunker gibt, ob es andere Möglichkeiten des Schutzes gibt, und das macht mich persönlich schon sehr fertig und hat uns alle in der Delegation sehr beunruhigt.

**Schulz:** Jetzt muss ich Ihrem Vergleich entgegensetzen, dass in einem funktionierenden Rechtsstaat eine schlimme Straftat wie eine Vergewaltigung mit rechtsstaatlichen Mitteln hoffentlich aufgeklärt und sanktioniert werden kann. – Jetzt ist der Westen in der Situation, dass er Russland mit seiner Argumentation so nehmen muss wie es ist. Wie reagieren Sie darauf?

**Von Cramon:** Nicht wirklich! Wir haben internationales Recht. Wir haben eine territoriale Integrität. Wir haben eine Selbstbestimmung. Wir haben die Souveränität, die Unverletzbarkeit der Grenzen. All das hat Russland gebrochen. Aber wir sind im Moment nicht imstande, mit unseren multilateralen Institutionen das zu sanktionieren, und das ist in der Tat ein Problem und das ermuntert Russland, auch weiterzumachen. Natürlich hätte ich mir gewünscht, dass wir nach dem Überfall schon in

Georgien, in Moldau, aber jetzt vor allem in der Ukraine die Möglichkeit gehabt hätten, da deutlicher vorzugehen und da auch eine deutlichere Stoppkarte zu zeigen, aber Sie wissen, dass das aus unterschiedlichen Gründen derzeit in der EU, aber auch vor allem in Deutschland nicht ganz so leicht ist.

**Schulz:** Aber dieses deutliche Vorgehen, spricht das bei Ihnen den Wunsch an, oder sprechen Sie den Wunsch an, tatsächlich auch militärisch stärker vorzugehen?

**Von Cramon:** Sagen wir mal so: Wir haben Prinzipien in Deutschland. Die sind wohlbegründet und darauf haben sich sehr viele Menschen über eine lange Zeit auch verständigt. Ich kann den Wunsch nachvollziehen, diese Prinzipien beibehalten zu wollen.

Ich finde allerdings, aus unserer geschichtlichen Verantwortung, die wir gegenüber Staaten wie Belarus, wie Polen und wie der Ukraine haben, müssen wir auch darüber nachdenken, ob wir Möglichkeiten sehen, uns an die Seite der Schwächeren zu stellen. Deutschland tut sehr viel, die EU tut sehr viel, es gibt unglaublich viel jetzt im diplomatischen Bereich. Es gibt sehr viel, was finanzielle Unterstützung angeht. Aber natürlich erwarten die Partner in der EU, in der NATO auch, dass wir ein Commitment, eine Verpflichtung auf einer anderen Art und Weise leisten. Es ist verständlich: Es gibt eine Arbeitsteilung. Der eine liefert das, der nächste liefert das. Man kann alles begründen. Aber es gibt schon eine gewisse Leerstelle und ich würde mir wünschen, dass wir diese Leerstelle etwas offener diskutieren könnten, ohne dass wir uns auf die, möglicherweise für lange Zeit aus gutem Grund bestehenden Prinzipien ausschließlich berufen.

**Schulz:** Ist es denn so, dass Sie das nicht offen diskutieren können? Sie sprechen jetzt sicherlich auch auf die unterschiedlichen Haltungen bei Ihnen in der Partei an. Die Linie der Ampel-Koalition, auch getragen von den Grünen in Berlin, ist, Waffenlieferungen abzulehnen. Das sehen Sie ja anders, haben Sie formuliert im „Tagesspiegel“, zusammen mit Michael Gahler. Ist das vielleicht auch der Punkt, dass die Haltung Ihrer Partei da nicht klar genug ist?

**Von Cramon:** Ich glaube nicht, dass wir in der Partei ausschließlich ein Problem haben. Wenn sie die Zahlen sehen, die letzten Umfragen sehen: Es ist eine gesellschaftliche Frage. Es ist eine Frage der Öffentlichkeit. Aber ich finde, es liegt an uns, ein bisschen zu erklären, warum wir möglicherweise diese Haltung überdenken sollten.

Wenn Sie sehen, dass insgesamt 72 oder 73 Prozent in Deutschland dagegen sind, Waffen zur Selbstverteidigung, keine Angriffswaffen, sondern ausschließlich Waffen zur Selbstverteidigung möglicherweise zu liefern, nach einem Prozess der Prüfung, dann finde ich, dass es kein grünes Problem ist, sondern es ist ein Problem, das wir insgesamt breiter diskutieren sollten. Das, denke ich, wäre wichtig.

**Schulz:** Das Argument, das gegen Waffenlieferungen spricht, aus deutscher Perspektive, aus Berliner Perspektive immer wieder vorgebracht, ist ja, dass Berlin nun einer der Orte ist, der noch Kanäle, der noch Dialogkanäle hat nach Russland, die sofort geschlossen würden, wenn es jetzt diese, aus Sicht der Ukraine wichtige symbolische Entscheidung für Waffenlieferungen gäbe. Sie haben es ja auch schon gesagt: Kann man da nicht arbeitsteilig vorgehen - die Ukraine bekommt ja Unterstützung, Material aus Großbritannien, von den USA -, dass man sagt, es geht nicht um deutsche Waffen, weil wir diesen speziellen Diskussions- und Dialogkanal haben?

**Von Cramon:** Ja, das glaube ich schon. Dennoch glaube ich, dass es helfen würde, den Druck aufzubauen, und der Druck, den wir aufbauen können, ist am Ende nur glaubwürdig, wenn wir auch bereit sind, uns wirklich an die Seite der Ukraine zu stellen. Ich will auch gar nicht sagen, dass wir jetzt unmittelbar Waffen liefern müssen. Ich würde mich nur freuen, wenn wir insgesamt sowohl den Dialog, aber auch das vollständige Paket möglicherweise mit diskutieren könnten.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.*